

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

Zwölfte Sitzung vom 27. November.

(Schluß.)

Abg. v. Mallinckrodt (gegen diesen Antrag): Ich stelle mich nicht auf den Standpunkt der beiden Abg. Kryger und Ahlmann, sondern betrachte die Angelegenheit vom Standpunkte der preussischen Verfassung und frage, ob das Recht der Versammlung so weit geht, das Mandat eines Abgeordneten für erloschen zu erklären, weil sich derselbe durch irgend einen Grund verhindert sieht, den Versammlungseid zu leisten. Die Sache liegt heute wesentlich anders, als im vorigen Jahre, weil die Wahlbezirke die Abgeordneten wieder gewählt und dadurch auf den Standpunkt der beiden Abgeordneten sich gestellt haben. Welche Konsequenzen werden aus einer Neuwahl hervorgehen? Es werden stets dieselben Abgeordneten von der dänischen Majorität gewählt werden und dieselben werden stets wieder dieselben Ansprüche erheben. Sie werden also mit Ihrem heutigen Beschluß nichts erreichen. Als in England die Frage wegen Aufnahme der Juden in das Parlament debattiert wurde, da wählte die City den Baron v. Rothschild. Derselbe wurde zur Eidesleistung vorgeladen und als er den Eid verweigerte, da wurde beschlossen, daß er seinen Sitz im Hause nicht einnehmen könne, aber von einem Erlöschen seines Mandats war nicht die Rede. (Sehr richtig!) Ich beantrage deshalb die Nr. 2 des Kommissionstrages dahin zu fassen: „2) Die beiden Abgeordneten im Falle nicht entschuldigtem Ausbleiben oder Verweigerung der unbedingten Eidesleistung so lange als sie dabei beharren, nicht für befugt zu erachten, einen Sitz im Abgeordnetenhaus einzunehmen. (Sehr richtig!)“

Abg. Heyse: Man darf den Art. 108 der Verfassung nicht unbeachtet lassen. Dieser Artikel verlangt den Eid der Treue zum Könige und zur Verfassung von jedem Abgeordneten und wer dieser Voraussetzung nicht genügt, kann nicht Abgeordneter sein. Man würde an der Kontinuität der Auffassung dieses Hauses zweifeln (Oh!) wenn wir heute, ohne einen neuen Grund, einen andern Beschluß fassen wollten, als im vorigen Jahre. Die Abgeordneten vertreten nicht einen einzelnen Wahlbezirk, sondern das ganze preussische Volk und dieses hat das Recht, eine Neuwahl zu verlangen. Der vom Vorredner angeführte Präzedenzfall mit England kann bei der Verschiedenheit der beiden Verfassungen für uns nicht maßgebend sein.

Abg. Kryger (Haberleben) verliest eine Erklärung, die indessen meist unverständlich bleibt, worin ausgeführt wird, daß die Eidesleistungsfrage, keine persönliche Gewissensfrage, sondern eine nationale, völkerrrechtliche Frage sei.

Abg. Dr. Kösch: Auch ich habe erhebliche Bedenken darüber, ob das Haus die Befugnis habe, ein Mitglied auszuschließen. Ueber die Legitimation des Abgeordneten giebt der Art. 78 der Verfassung bestimmte Vorschriften; eine Legitimation soll für erbracht angesehen werden, wenn die Wahl legaliter vollzogen ist. Dies ist aber bei den vorliegenden Wahlen der Fall. Art. 108 der Verfassungs-Urkunde handelt nur von der Eidesleistung, ohne Bezug auf die Folgen einer verweigerter Eidesleistung, und deshalb stimme ich für den Antrag des Abg. v. Mallinckrodt.

Abg. Dr. Ellsen: Es handelt sich hier nicht um die Person der beiden Abgeordneten, sondern um abgeschlossene Verträge, an denen die Bevölkerung zwar nicht Mitkontrahent, wohl aber im höchsten Grade interessiert ist. Die Abgeordneten erinnern an einen Passus, der zu ihren Gunsten in diese Verträge aufgenommen ist. Wir haben es hier mit einer Bevölkerung von etwa 80,000 Menschen zu thun, die wir durch einen Beschluß, wie er gefaßt werden soll, faktisch von einer Vertretung hier im Hause ausschließen würden. Das ist nicht der Weg, diesem zwangsweise an Preußen geschlossenen Landestheil die Erbitterung zu nehmen; man muß diese Bevölkerung auf dem Wege der Humanität allmählig zu Deutschen machen.

Abg. Petersen (Glücksburg) spricht für die Kommissionsanträge, doch mit so leiser Stimme, daß er völlig unverständlich bleibt. — Für den Antrag Mallinckrodt spricht der Abg. Dr. Libelt (Pole), der ebenfalls nicht zu verstehen ist. — Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Wagener (Frankburg): Durch Gesetz vom Dezember v. J. sind die Herzogthümer Schleswig und Holstein in Preußen vollständig einverleibt worden. Die Bewohner sind preussische Unterthanen geworden und in dieser Eigenschaft haben sie ihr Wahlrecht ausgeübt, denn nur preussische Unterthanen können wählen. Die beiden Abgeordneten sind als preussische Unterthanen gewählt und sie sind daher zur Einnahme des dänischen Standpunktes nicht berechtigt. (Sehr richtig! rechts.) Ich behaupte, daß der Eid eine wesentliche Bedingung für einen Abgeordneten ist; leistet er den Eid nicht, so kann er nicht Abgeordneter sein. Jedes Mitglied des Hauses ist aber auch Vertreter des ganzen Volkes und das

Volk hat das Recht, die Eidesleistung zu verlangen. Ich stimme deshalb für den Kommissionsantrag. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Schwerin: Ich stimme für den Antrag Mallinckrodt, weil die Sachlage heute wesentlich eine andere ist, als im vorigen Jahre. Ich bin der Ansicht, daß das Haus ein Recht hat, ein Mitglied auszuschließen; allein die Pflicht hat es nicht. Es ist aber eine politische Frage, ob es nicht besser sei, in diesem Falle von diesem Rechte keinen Gebrauch zu machen. In der Wiederwahl der beiden Abgeordneten liegt der Ausdruck der Majorität des Wahlkörpers, in diesem Augenblicke im Abgeordnetenhaus nicht vertreten zu sein. Daher ist der Antrag v. Mallinckrodt politisch richtig. Wenn die Herren den Eid leisten wollen, so sind sie uns angenehme Abgeordnete (Heiterkeit), so lange dies indessen nicht geschieht, ist nicht berechtigt, den Sitz im Hause einzunehmen.

Die Diskussion ist geschlossen. — Bei der Abstimmung wird das Amendement v. Mallinckrodt angenommen. — Da das Amendement noch nicht gedruckt ist, so wird über den Kommissionsantrag in Verbindung mit diesem Amendement in der nächsten Sitzung noch einmal und zwar definitiv abgestimmt. — (Für das Amendement v. Mallinckrodt stimmt die Linke, die National-Liberalen, das linke Centrum, das Centrum, die Freikonservativen; dagegen die Konservativen; Twesten, Müller (Solingen) u. A.)

Es folgt der Bericht der Geschäfts-Ordnungskommission über die Frage, ob durch die dem Abg. Grafen Westarp kommissarisch übertragene Verwaltung der Landdrostenstelle in Hildesheim, dessen Mandat als Abgeordneter als erloschen zu betrachten sei.

Die Kommission beantragt: die Fortdauer des Mandats anzuerkennen.

Abg. zur Negebe erklärt sich gegen diesen Antrag. Obgleich die Landdrosten nur provisorisch sind, so werden sie doch eine gewisse Dauer haben. Ich kann deshalb in der Uebertragung der Verwaltung kein Kommissorium sehen, sondern ich halte es für eine wirkliche, wenn auch nur zeitweise neue Anstellung, mit der auch ein höheres Gehalt verbunden ist, da der Graf Westarp Remunerationen erhält. Wenn ich Minister des Innern wäre (Heiterkeit), so würde ich dem neuen Landdrosten einen Wink zukommen lassen, ob es nicht besser wäre, sich erst in dem neuen Geschäftshause etwas umzuschauen. Solche Wink haben eine zauberische Wirkung, sie erinnern an das Lied: Halb zog es ihn, halb fant er hin und ward nicht mehr gesehen. (Heiterkeit.)

Der Reg.-Komm. Graf zu Eulenburg erklärt, daß dem Grafen Westarp die Verwaltung der Landdroststelle ausdrücklich unter Befehl seines bisherigen Ranges und Gehalts übertragen sei. Es liege also weder Rangserhöhung, noch erhöhtes Gehalt vor. Die Remuneration habe lediglich den Charakter eines Kommissoriums.

Abg. Dr. Kösch: Auf Grund dieser Erklärung habe er auch in der Kommission für die Fortdauer des Mandats gestimmt, obwohl er der Ansicht sei, daß die Ernennung eines Landdrosten zum Landdrosten eine Rangserhöhung in sich schliesse.

Die Diskussion wird geschlossen und der Kommissionsantrag mit großer Majorität angenommen.

Dritter Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Vorberatung des Staatshaushalts und Etats pro 1869. — Etat der Güter-Verwaltung.

Abg. Janssen hat hierzu den Antrag gestellt: „Die Staatsregierung aufzufordern, durch die Aufstellung einer erhöhten Anzahl von Landbesitzern resp. durch die Vermehrung der Beschäftigten auf die Hebung der Pferdezucht Bedacht zu nehmen.“

Abg. Dr. Lutteroth beantragt: „Die Staatsregierung aufzufordern, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Güter-Verwaltung das Bedürfnis der Landwirtschaft in einigen Landestheilen nach Züchtung starker Arbeitspferde mehr, als bisher gesehen, befriedige.“ Beide Anträge werden nach kurzer Diskussion angenommen und die Position des Etats genehmigt.

Es folgt der Etat der Justiz-Verwaltung.

Der Regierungs-Kommissar Geh. Justizrath Fall leitete die allgemeine Besprechung des Etats durch einige Erläuterungen zu demselben ein. Zu diesem Etat liegt eine größere Zahl allgemeiner Anträge vor, über welche wir bereits berichtet haben.

Abg. Dr. Kösch: Ich sehe mich genöthigt, eine Frage hier wieder in Anregung zu bringen, welche regelmäßig seit vielen Jahren zur Diskussion gelangt, welche hier immer zu Gunsten der Betheiligten ausgefallen ist. Es betrifft die Anstellung der Juden in den öffentlichen Ämtern, namentlich in den Ressorts des Justiz- und Kultusministeriums. Im vorigen Jahre habe ich Rücksicht darauf genommen, daß der Herr Justizminister erst eben in sein Amt getreten war. Diese Rücksicht fällt heute für mich fort, wenn ich annehme, daß der Herr Justizminister jetzt eine bestimmte Ansicht darüber hat. Durch Kabinetts-Ordre vom Jahre 1851 sind alle Rechte der Juden in Frage gestellt. Längst verjährte Vorurtheile, welche

im Volke allen Boden verloren haben, müssen aufgegeben werden. Ich hoffe, daß der Herr Justizminister eine andere Ansicht hat, als sein, ich darf wohl sagen, glücklich befolgter Vorgänger, denn wir haben Gelegenheit gehabt, seinen Gerechtigkeitsinn kennen zu lernen und wir haben gesehen, daß er keine Rücksicht auf politische Motive nimmt. Sollte es aber anders sein, so wird weder mir, noch meinen Glaubensgenossen der Muth ausgehen, diese Frage immer wieder und wieder aufzuwerfen, denn unser Recht steht unerschütterlich fest, dreimal durch ein Gesetz und zweimal durch die Verfassung. Man kann unser Recht verleugnen, aber nicht leugnen. (Beifall.)

Abg. Dr. Hänel spricht über die Einführung der preussischen Justiz-Organisation in den Provinzen Schleswig und Holstein, welche verrottete Zustände beseitigt habe, er klagt aber über die Anwendung der Gesetze, namentlich der §§. 100 bis 102 des Straf-Gesetzbuches. Das werde noch lange Zeit eine Entfremdung zwischen den neu erworbenen und altpreussischen Provinzen hervorrufen. Trotz Art. 10 des Prager Friedens schwebten politische Prozesse, und persönliche Verfolgungen hätten in Schleswig-Holstein, trotz des Jahres 1866, noch heute keine Sühnung gefunden. Man habe die übrigen neuen Provinzen ganz anders behandelt, als Schleswig-Holstein, und es sei der Eindruck wohl gerechtfertigt, als werde man durch einen Privatmann regiert. In einer früheren Sitzung habe er versucht, ein Bild von der Stimmung in den Herzogthümern zu entwerfen. Der Minister des Innern habe darauf erwidert, daß er andere Quellen habe. Aus dem stenographischen Bericht habe er erst gesehen, daß der Minister damit auf die Reise Sr. Majestät des Königs hindeute. Er habe sich darüber geäußert; man sollte doch unterscheiden zwischen den Ehrfurchtsbezeugungen gegen Se. Majestät, und zwischen Billigung oder Nichtbilligung eines Ministeriums, das vorgestern Westphalen, gestern Graf Schwerin, heute Graf Eulenburg und morgen, er wisse nicht wie heiße. (Sehr richtig!)

Justizminister Dr. Leonhardt: Sie werden mit mir wohl darin einverstanden sein, daß es für mich ganz außerordentlich schwer ist, auf eine solche Rede zu antworten. (Sehr richtig!) Die Rede hat meiner Ueberzeugung nach die Grenzen des Justizressorts weit überschritten, und der Vorredner wandte sich nicht an die richtige Adresse, wenn er diese Sachen vorbrachte, während die betreffenden Ressortsorgane hier nicht anwesend sind, um ihn zu widerlegen. Ich bin in der Lage, gegen Alles, was der Abgeordnete gesprochen hat, ganz allgemein und im Speziellen Protest einzulegen. Nur auf einen Punkt will ich mich erklären: ich nehme gegen den Abgeordneten die Richter des Landes in Schutz. Der Abgeordnete hat die Richter in den Herzogthümern als unsicher und schwankend dargestellt und von einer Herrschaft des Staatsanwalts gesprochen. Dagegen muß ich lebhaften Protest einlegen, daß die Richter so geschildert werden. Es mag sein, daß der Abgeordnete nicht genügende Kenntniß der dortigen Verhältnisse hat, um die Richter genügend beurtheilen zu können. (Sehr richtig!) Seine Klagen über die Staatsanwaltschaft scheinen wesentlich hervorgerufen durch eine allgemeine Antipathie gegen die Staatsanwaltschaft. Was die Äußerungen des Abg. Dr. Kösch anlangt, so bedaure ich, nicht in der Lage zu sein, eine bestimmte Antwort auf die Frage geben zu können. Ich habe die Frage nach dem Rechte des Landes noch nicht studirt. Ich habe in der Zeit, in der ich berufen bin, an diesem Orte zu stehen, sehr viel zu thun gehabt. Es ist allerdings nach anderer Richtung die Frage an mich herangetreten, nämlich in der Richtung der Reform des Judentums. Als aber der Reichstag den bekannten Beschluß faßte, da habe ich geglaubt, daß diese Frage meinem Ressort einseitig entrückt wäre. Tritt sie aber wieder an mich heran, so werde ich mich der Prüfung derselben natürlich nicht entziehen.

Der Justizminister wendet sich hierauf zu einigen allgemeineren Bemerkungen zu dem Etat. Niemand könne mehr, als er den Wunsch hegen, die Lage der Justizbeamten zu verbessern, aber eine wesentliche Verbesserung des Justizetats könne nur bewirkt werden, durch eine neuere Organisation der Gerichte. (Sehr richtig!) Diese Organisation wird im nächsten Jahre eintreten müssen. Der Geschäftsgang müsse außerordentlich vereinfacht und dadurch Erparungen herbeigeführt werden, deshalb aber sei es nicht nöthig, ihm noch einen Sporn durch dahin gehende Anträge zu geben. Der Justizminister geht schließlich speziell auf die vorliegenden Anträge ein.

Abg. v. Zastrow widerlegt die Ausführungen des Abg. Hänel und nimmt namentlich die Staatsanwaltschaft gegen denselben in Schutz.

Darauf ist die allgemeine Besprechung beendet. Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abg. Dr. Hänel v. Zastrow und des Justizministers wird die Sitzung um 3 Uhr vertagt.

Nächste Sitzung: Montag 10 Uhr. Tagesord-

nung: Budgetberatung, der Antrag Wölkel und der Antrag Graf Renard wegen der Portofreiheit.

Deutschland.

Berlin, 27. November. Der Reiseplan Sr. Maj. des Königs nach Wernigerode ist wie folgt festgesetzt worden: Sonntag, den 29. November, von Berlin Vormittags 11 Uhr, in Magdeburg Nachmittags 1 1/2 Uhr, in Halberstadt Nachmittags 2 3/4 Uhr, Ankunft in Wernigerode 4 1/4 Uhr per Extrapost. Montag, den 30. November und Dienstag, den 1. Dezember, Jagd bei Wernigerode. Abreise von Wernigerode Abends 6 Uhr per Extrapost, von Halberstadt 7 1/2 Uhr Abends per Extrapost, in Magdeburg 8 3/4 Uhr. Ankunft in Berlin Abends 11 1/2 Uhr. Empfang und Begleitung findet auf dieser Reise nicht statt.

Ihre Majestät die Königin trifft, wie aus Wilmersdorf gemeldet wird, am Montag am großherzoglichen Hofe zum Besuch ein und wird am Mittwoch die Rückreise nach Berlin fortsetzen.

Am 3. Dezember feiert der Königl. Hof das Geburtsfest Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin Louise von Baden. — Wie bekannt, verweilen die badischen Herrschaften zur Zeit im südbayrischen Frankreich.

Se. Königl. Hoh. der Prinz Albrecht von Preußen ist heute früh nach Schloß Albrechtsberg bei Dresden abgereist.

Ihre Königl. Hoheiten der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin haben aus Anlaß der Schleiermacherfeier nachstehendes Telegramm dem Herrn Oberbürgermeister Seydel am 21. d. Mts. zugehen lassen:

„Von der Heimath entfernt, wünschen wir lebhaft, wenigstens auf diesem Wege dem Magistrat und den Stadtverordneten der Hauptstadt einen Beweis Unserer Theilnahme an der heutigen Feier zum Andenken Schleiermachers zu geben, jenes Mannes, der nicht minder durch sein Wirken für die Kirche und Förderung wahrhaft kirchlichen Lebens, als durch den ruhmvollen Antheil, den er in schwerer Zeit an der Erweckung und Befähigung vaterländischen Aufschwungs genommen, unvergänglich in den Herzen unseres Volkes zu leben verdient. Windsor, 21. November 1868.“

(gez.) Friedrich Wilhelm, Kronprinz.
(gez.) Victoria, Kronprinzessin.“

Mit dem Kronprinzlichen Paar wird, wie man erfährt, auch der Botschafter Lord Loftus am 13. Dezember von London hierher zurückkehren.

Der Botschafter Graf v. D. Goltz empfing seit seiner Anwesenheit in Berlin die Besuche der Minister, der Mitglieder des diplomatischen Korps u. Sein Zustand ist im Ganzen unverändert.

Die hier lebenden Nordamerikaner feierten gestern den „Tag der Dankagung“ für die Herstellung der Unabhängigkeit ihres Vaterlandes.

Die Zutrittsberechtigung badischer Offiziere und Offiziers-Aspiranten zu den preussischen Militärbildungs- und Unterrichtsanstalten ist jetzt erweitert worden. Es können jetzt zugelassen werden: 4 Offiziere zum Besuch der Artillerie- und Ingenieurschule, 20 Offiziers-Aspiranten zum Besuch der Kriegsschule zu Engers; ferner ist eine dauernde Kommandirung von 2 Offizieren zum Generalstab u. gestattet. Auch soll für eine praktische Fortbildung nach preussischem Gerzger-Reglement, den verschiedenen Waffentheilen der Armee künftig auf eine längere Dauer eine entsprechende Anzahl von badischen Offizieren zur Dienstleistung überwiesen werden.

Die Abg. Dr. Löwe und Dr. Ebertz haben zu dem Antrage des Abg. Richter (Sangerhausen), betreffend „die Aufhebung des Verbots an die evangelischen Geistlichen, gerichtlich geschiedene Ehegatten zu trauen“, folgendes Amendement eingebracht: „Die Königl. Staatsregierung aufzufordern, den Art. 19 der Verfassung über die Einführung der Civil-Ehe durch Vorlage eines die Einführung derselben regelnden Gesetzes zur Ausführung zu bringen; bis dahin aber die Aufhebung des Verbots an die evangelischen Geistlichen, gerichtlich geschiedene Ehegatten zu trauen (Kab.-Ordre vom 8. Juni 1867), baldigst herbeizuführen.“

In den beiden Hansestädten Hamburg und Bremen soll die Partei für den Anschluß an den Zollverein nachhaltig an Boden und Einfluß gewinnen, um so mehr, als sich namentlich in Hamburg die Nachtheile der Isolirung bereits schon ziemlich fühlbar herausstellen.

Die konservative Fraktion hielt der „R. S.“ zufolge, Donnerstag Abend eine mehrstündige Besprechung über die Beschlagnahmeverordnung, ohne Beschlüsse zu fassen, da es sich mehr um eine Information für die ihrer Partei angehörenden Mitglieder der Beschlagnahmekommission, welche Sonnabend wieder zusammentritt, handelte. Bei dieser Besprechung gingen zwar die verschiedenen Ansichten weit auseinander; die beiden Hauptgruppen bildeten sich aber aus Mitgliedern, welche der Verordnung pure zustimmen und über die darin gezogene Grenze nicht herausgehen wollten, und aus solchen, die das Karbott'sche Amendement gutheißen, von welchem man in Erfahrung gebracht hatte, daß die Regierung

sich event. demselben anschließen, daß es auch höheren Orts auf ernstlichen Widerstand nicht stoßen werde, wie man auch an maßgebender Stelle die Bestimmung, die Beschlagnahme könne nur durch Gesetz, nicht durch königliche Verordnung, wie der Entwurf festsetzt, aufgehoben werden, nicht für unannehmbar erachte. Zur Orientierung sei wiederholt, daß das Kardorff'sche Amendement die Revenuen von dem mit Beschlag belegten Vermögen der Staatskasse zugeführt und nach Abzug eines Pauschquantums, das der Regierung zur Abwehr gegen die von König Georg gegen Preußen gerichteten feindlichen Unternehmungen, ohne Rechnungslegung zur Disposition gestellt wird, als extraordinäre Einnahme im Etat nachgewiesen werden sollen. Der von Herrn v. Kardorff zum Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten gestellte Antrag, dieses Ministerium auf den Etat des norddeutschen Bundes zu übernehmen, wurde von der konservativen Fraktion verworfen. Auch die Fraktion der National-Liberalen beschäftigte sich während mehrerer Stunden mit demselben Gegenstande, brach die Diskussion aber ab, weil noch zu viele Redner sich zum Worte gemeldet hatten. In dieser Fraktion machte sich von verschiedenen Seiten die lebhaft vertheidigte Ansicht geltend: Sequestation, keine Konfiskation, Annahme des Gesetzes, Ablehnung des Kardorff'schen Amendements. Es wurde selbst ein gutes Wort für König Georg eingelegt, der gänzlich unzurechnungsfähig sei.

Danzig, 26. November. Vorgestern Nachmittag explodirte in einem zur Aufbewahrung von Zündspiegeln dienenden Nebenhäuschen des hiesigen Artillerie-Laboratoriums eine Anzahl Zündspiegel. Zwar war der dadurch angerichtete materielle Schaden nur gering, aber zwei in dem Häuschen beschäftigte Personen wurden leider dabei so schwer beschädigt, daß die eine derselben — der Schiefer des Laboratoriums — ihren Wunden bereits erlegen ist, und die andere — ein bei der Zündspiegelfabrikation beschäftigtes junges Mädchen — hoffnungslos darniederliegt.

Königsberg, 26. November. Die Staatsregierung hat der Stadt behufs Tilgung der sie so sehr drückenden Kriegsschuld einen Zuschuß von jährlich 5000 Thlrn. gewährt, aber unter dem Beding, daß sie fortan auf den ihr auf Höhe von 25 pCt. zustehenden Zuschlag zur Braumalzsteuer verzichtet.

— Von den kleineren Besitzern im Regierungsbezirk Königsberg sind auf die empfangenen Nothstands-darlehen bereits 17,000 Thaler zurückgezahlt, obgleich dieselben noch nicht einmal fällig waren.

Köln, 27. November. Der Prinz und die Prinzessin von Wales sind heute hier durchgereist.

Hamburg, 26. November. Es steht in den Sternen geschrieben, Herr Sloman soll nicht aus der Presse verschwinden. Sein Schiff „Dr. Barth“, mit Auswanderern nach Nordamerika bestimmt, wurde unweit Schulan (auf der Elbe) led und mußte wieder zurück. Vorgestern traf der „Dr. Barth“ hier ein, um im Dry-Dock reparirt zu werden. Ob und in wie weit dieser Fall der „Schiffsbesichtigung“ des norddeutschen Bundes Ehre macht, soll nicht untersucht werden. Die Elbe hat jedenfalls keine Felsenklippen, sondern guten Sand am Grunde. Sturm und Organ haben, so viel wir wissen, auch nicht geherrscht. Der „Dr. Barth“ ist ein alter Bekannter, der schon seit ca. 10 Jahren fährt, vielleicht unter anderen Namen noch älter ist und daher schon das Recht haben mag, led zu werden. Erfreulich ist, daß der Rheder diesmal Glück gehabt hat und das Fahrzeug nicht auf hoher See led geworden ist. Nicht etwa der Auswanderer wegen. Diese Sentimentalität ist überwundener Standpunkt. Ueber das „Wie“ des Ledwerdens schweigen die Nachrichten. Ich selbst bin kein norddeutscher Bundeschiffs-Zimmermann, dem ein kompetentes Urtheil zustünde, wenn er den Auftrag erhalte, unsere Schiffe zu besichtigen. Unsere Lokalpresse meldet den Vorfall lakonisch und wozu wären wir „Seefahrer“, wenn wir von solchen Kleinigkeiten Notiz nehmen sollten. — In der Janjibaraffaire sind die total verdorbenen Lebensmittel dieses neuesten Müsterschiffes, (einem ehemaligen Kompanjon Sloman's gehörend, der seiner Zeit für diesen wacker „in die Bucht sprang“), auf der Polizei deponirt bis die Freisprechung aller Beteiligten erfolgt sein wird. Diese Freisprechung wird auch in diesem Falle der vom „Katholik“ heringesuchten Bundesflagge das Leben wieder heiter machen und den Hamburgischen Rhedern noch heiterer. Die „Janjibar“ wird dann umgetauft und das Geschäft mit ungeschwächtem Flügelgeschlage freier Bantofeelen fortgesetzt. — Unsere Bürgerschaft hat gestern, nach 14jährigem Bestehen, endlich beschlossen, einen Ausschuss zur Ausarbeitung eines Verantwortlichkeitsgesetzes niederzusetzen. Das Gesetz selbst wird in Hamburg unmöglich bleiben. So zahlreich es auch ausfiele, es griffe immer störend in das Geschäft der verwaltenden Herrschaften ein und das geht nicht an. (Post.)

Anstalt.
Florenz, 27. November. Die Eisenbahnverbindung zwischen Padua und Bologna, welche durch die letzten Ueberschwemmungen gestört war, ist vollständig wieder hergestellt. — Aus Neapel wird gemeldet, daß der Lavastrom nach mehrtägiger heftiger Eruption des Vesuvius und schließlich starkem Aschenregen fast ganz aufgehört hat.

Madrid, 27. November. Zu der auf nächsten Sonntag angesetzten republikanischen Kundgebung werden Castelar und Drenie hierher zurück erwartet. Das Befinden des Marichalls Serrano bessert sich.

Petersburg, 27. November. Das heutige

„Journal de St. Petersburg“ meldet: Die internationale Eisenbahnkonferenz hat Beschlüsse gefaßt betreffend Erleichterung und Vermehrung des direkten Verkehrs, Beseitigung der russischen Grenzoll-Erschwerungen, Anwendung französischer, direkt bis Endstationen durchgehender Lokomotiven, beschleunigte Lieferung solcher Güter, welche dem Verbotenenverboten ausgesetzt sind, endlich abermalige Herabsetzung des Eisenbahntarifs in Deutschland, Frankreich und Rußland.

Newyork, 18. November. Der Herzog und der Prinz von Württemberg haben am Montag Washington besucht.

Pommern.

Stettin, 28. November. Heute fand die Erjapwahl für die in der 1. Abtheilung auszuführenden Stadtverordneten: Kaufleute R. Bettenstädt, H. F. Weinreich, E. Alt, Brecht, H. Hader, Rechnungs-Rath Steingede und Baumeister Bachstein, von welcher die Herren Haler und Steinicke bereits in anderen Abtheilungen wieder gewählt sind, statt. Von 374 Wahlberechtigten waren 170 erschienen, welche für den Kaufmann. Bettenstädt 148, Schmiedemeister Heintz. Schulz 140, Kaufmann J. C. Krüger 139, Rechts-Anwalt Leistikow 135, Buchhändler Th. v. d. Nahmer 132, Kaufm. C. F. Baerenroth 116, Direktor Löffius 115, Redakteur Wiemann 47, Tischlermeister Rajeburg 43, Optikus Hager 41, Kaufmann Th. Fuchs 40, Baumeister Franke 29, Rentier Ed. Springborn 17, Malermeister W. Dittmer 16, Tischlermeister Piest 12, Rechtsanwalt Majche 5, Maler Guido Fuchs und Rechtsanwalt Wendland je 3 Stimmen abgaben, wogegen 9 Stimmen sich einzeln zerplitterten. Da die absolute Majorität 86 beträgt, sind also die ersignannten 7 Herren gewählt.

— Nachdem der Herr Oberbürgermeister Burzischer die Annahme der auf ihn gefallenen Wahl als Vertreter unserer Stadt im Herrenhause befehlend abgelehnt hat, wird am 9. Dezember eine Neuwahl stattfinden.

— Auf der Tagesordnung der am 18. und 19. f. Mts. in Eöslin stattfindenden Herbst-General-Versammlung der „pomm. ökonomischen Gesellschaft“ steht u. A. auch die Frage: „ob es im Interesse der pommerschen Grundbesitzer liege, in Stettin einen Getreide- und Viehmarkt zu errichten?“ Außerdem wird die ländliche Kreditfrage und das Darlehen auf ländlichen Grundbesitz zur Besprechung kommen.

— v. Dewitz, Major aggr. dem 3. pomm. Inf.-Reg. Nr. 14, ist in das Regt. einrangirt; Dr. Coler, Oberstabs- und Regts.-Rat des pomm. Feld-Art.-Regts. Nr. 2, eine etatsmäßige Decernentenstelle übertragen; Dr. Köpcke, bisher 1. Adj. beim pomm. Feld-Art.-Regt. Nr. 2, zum Unterarzt ernannt und mit Wahrnehm. einer vak. Assistenzarztsstelle beim 5. pomm. Inf.-Reg. Nr. 42; Dr. Goldhorn, bisher 1. Adj. beim Colberg. Gren.-Reg. (2. pomm.) Nr. 9, zum Unterarzt ernannt und ebenf. mit Wahrnehm. einer vak. Assist.-Arzt-Stelle beauftragt; Stærcke, Intendantur-Sekretär vom II. Armee-Korps, zum VIII. Armee-Korps versetzt.

— Post-Anweisungen-Formulare sollen künftig möglichst gleich bei der Verabfolgung mit Franko-Marken besetzt sein, so daß das Porto, wie es bei Franko-Couverts der Fall ist, bei Entnahme des Formulars entrichtet wird. Die Post-Anweisungen-Formulare werden mit Franko-Marken von 2 Sgr. versehen sein; soll das Formular zu einer Geldüberweisung von mehr als 25 Thlrn. verwendet werden, dann würde der Korrespondent beim Gebrauch noch Marken im Werthe von 2 Sgr. hinzuzufügen oder den Betrag baar als Franko zugulegen haben. Es werden die Formulare auch mit einer Franko-Marke von nur 1 Sgr. besetzt verabfolgt werden, zumal dieser niedrigere Satz namentlich bei Geldüberweisungen bis 5 Thlr. als Soldaten bis zum Feldwebel oder Wachtmeister einschließlich aufwärts Anwendung findet. Wenn ein Formular in den Händen des Korrespondenten verbleiben wird, so sind die Postanstalten beauftragt, dasselbe gegen ein Formular mit demselben Wertzeichen, wie das verdorbene trägt, umzu tauschen. Die Postverwaltung läßt jenes Verfahren allmählich durchführen, nachdem die Beobachtung bestätigt hat, daß fortwährend verhältnismäßig sehr viele Formulare, die nicht als Post-Anweisungen eingeliefert werden, zur Abforderung gelangen. Da es andererseits vielfach üblich ist, daß Geschäftshäuser u. s. w. ihren Waarensendungen, auch wohl ihren Anerbietungen gleich die ausgefüllte Post-Anweisung zur Rückbenutzung für die Geldabwicklung beischließen und für solche Zwecke unbenutzte Post-Anweisungen nur verwendbar sind, so sind die Post-Anstalten ermächtigt, wenn Korrespondenten dergleichen größere Partien an Formularen in Vorrath zu halten wünschen, unbenutzte Post-Anweisungen-Formulare in Päckchen von wenigstens 100 Stück zum durchschnittlichen Selbstkostenpreise von 5 Sgr. zu verabfolgen.

— Es hat sich herausgestellt, daß die Fischereiordnung für den Regierungsbezirk Stralsund einiger Aenderungen bedarf und verlautet, daß den Häusern des Landtages noch in dieser Sitzungsperiode eine dahin zieltende ministerielle Vorlage gemacht werden wird.

— Die Oder ist an der westlichen Seite halb, der Dammanich bis nach Hohenberg westlich mit Eis bedeckt, östlich noch frei. Das Papenwasser und Haff bis auf kleine Stellen mit 1 und 1 1/2" starken Eise belegt. Vor der Swine viel Grundeis ca. 4—6" hoch, die Swine selbst eisfrei.

Demmin, 24. November. Ein im hiesigen Nacht-Arrest-Lokale detinirter Mann des hier gar-

nisonirenden 2. pommerschen Manen-Regiments Nr. 9 wurde in diesen Tagen mit genauer Noth dem Erstickungstode entziffen. Die in Folge zu frühen Verschlußes der Brustklappe in dem nur kleinen Lokale sich angesammelten Gase hatten den Delinquenten bereits seiner Besinnung beraubt, als er noch rechtzeitig im zwar anscheinend leblosen Zustande zum Lazareth befördert wurde. Die Wiederbelebungsvoruche waren vom günstigsten Erfolg und ist derselbe jetzt, nach 2 Tagen, als völlig wiederhergestellt zu betrachten. — Im Dorfe Drömmewitz wurde gestern einem Mädchen durch die Hackelmaschine eine Hand zerquetscht, einige Finger werden gänzlich amputirt werden müssen; ein ähnlicher Unglücksfall ereignete sich im Dorfe Ciesin, woselbst ein Knecht durch die im Betrieb befindliche Dreschmaschine eine sehr erhebliche Verletzung an einem Fuße erlitt.

Bernisches.

Berlin. Am Donnerstag Abend erschien in der Wohnung des ehemaligen Scharfrichtergehilfen Swoboda, Müllerstraße 33, ein fein gekleideter junger Mann und verlangte Swoboda zu sprechen. Da dieser augenblicklich nicht zu Hause war, wartete er dessen Zurückkunft ab und erklärte dann dem Heimkehrenden, er habe allein mit ihm zu reden. Swoboda schickte Frau und Kinder aus dem Zimmer und fragte den jungen Mann nach seinem Begehre. „Ich komme mit einer Bitte zu Ihnen“, hob Jener an. „Sie sollen mir sofort den Kopf abschlagen“, Sie haben gewiß schon Manchen vom Leben zum Tode befördert, es wird Ihnen also ein Leichtes sein, meinen Wunsch zu erfüllen.“ Swoboda erkannte sogleich den geistig zerrütteten Zustand des jungen Mannes und erklärte ihm, er könne seinem Wunsche nicht so ohne Weiteres nachkommen. „Dann geben Sie mir ein starkes Gift“, erwiderte der unheimliche Gast, „sterben muß ich!“ — „Kommen Sie nur“, sagte Swoboda, indem er den Lebensmüden unter den Arm faßte, „ich führe Sie zu einer mir bekannten Frau, welche Ihnen das Gift gerne geben wird.“ Es gelang ihm, den Irrenjungen unter dieser Vorpiegelung auf die Wache des 8. Polizeiverters zu führen, dort untersuchte man den Armen und fand in seinen Taschen ein zweischneidiges Messer und einen neuen Strick. Der junge Mann gab auf Befragen seinen Namen an. Man telegraphirte an seinen Vater, einen hier in Berlin ansässigen Gutbesitzer, und dieser kam sehr bald und holte seinen unglücklichen Sohn von der Wache ab.

— Unsere Hausfrauen pflegen die eingelaufenen Gänse vor dem Braten erst einige Zeit an die Luft zu hängen, um sie zuvor gehörig durchfrieren zu lassen. Dabei mögen sie jedoch wohl auf der Hut sein, damit es ihnen nicht geht wie einem armen Schuhmacher in der Dresdenerstraße, der sich und seiner Familie dieser Tage auch einmal den Genuß eines Gänsebratens verschaffen wollte. Seine Frau hatte die jaer erworbene Gans aus einem im ersten Stockwerk belegenen Fenster ihrer Hofwohnung gehängt, und am nächsten Morgen, wo die Familie schon im Vorgegeschmack des seltenen Hochgenusses schmeigte, war der theure Braten verschwunden. Der Dieb hatte an eine im Hofe stehende Stange ein Messer gebunden und damit die Strippe durchgeschnitten, an welcher die Gans aufgehängt war.

— Auf Wunsch des Arbeiters, von welchem wir kürzlich meldeten, daß er dem Grafen Bismarck einige Pfund Virginia-Tabak als Mittel gegen Schlaflosigkeit überhandt habe, lassen wir nachstehende erläuternde Notiz nach den uns persönlich gemachten Angaben des Betreffenden folgen. Im März 1863 ritt der Herr Graf von Bismarck aus seinem Garten nach dem nahegelegenen Tiergarten. Der Graf sprach einen der auf der Verbindungsbahn beschäftigten Arbeiter an, fragte ihn Verschiedenes und lud dann die gesamten Arbeiter ein, am andern Morgen früh zu einem Frühstück in seinem Hotel zu erscheinen. Dies geschah und dankend verpfeiften neun Arbeiter und der Vorarbeiter einen 18 Pfund schweren Kalbsbraten nebst Zubehör und a Person zwei Seidel Bairisch Bier. Aus Dankbarkeit und da, wie die Zeitungen meldeten, die Schlaflosigkeit beim Herrn Grafen dieses Jahr wegen des Unglücks zunehme, wagte ich (so sagt der Betreffende) den Herrn Grafen auf den Nutzen des Virginischen Tabaks hinzuweisen und empfahl ihm täglich ein oder zwei Pfeifen dieses narkotischen Tabaks. Die Antwort war ein gültiges Ersuchen, mir ein Paket, circa 2 1/2 Pfund enthaltend (Virginia-Tabak), von der Wilhelmstraße 74 abzuholen, worüber ich auf dem einliegenden Schreiben quittiren mußte. Dies ist der Wahrheit gemäß. (Folgt die Unterschrift des betreffenden Arbeiters.)

— Am 5. November Abends starb in Newyork Herr Edmund Remack, einer der talentvollsten, gebildetsten und fleißigsten Journalisten Amerikas, an einer Entzündung der Gehirnmembrane. Remack war etwa 36 Jahre alt, in Posen geboren, studirte Jura und Cameralia, und arbeitete in Deutschland zuletzt als königlich preussischer Kammergerichts-Referendarius in Berlin. Er kam 1856 nach Amerika. Im Jahre 1857 war er mit literarischen Arbeiten in Baulegau Lake County, Ill., beschäftigt und korrespondirte damals schon für „Newyorker Abend-Zeitung“. Im Jahre 1858 trat er ganz in die Redaktion dieses Blattes ein und hat demselben mit sehr geringer Unterbrechung bis zu dieser Stunde angehört. Außer bei dieser Zeitung war Remack auch noch beschäftigt bei der „Newyorker Kriminal-Zeitung“, bei der „Illustrirten Zeitung von Frank Leslie“, bei der „Newyorker Musikzeitung“ und bei der „Amerikanischen Post“, ferner korrespondirte er für „Alinois Staatszeitung“ und für die „Westliche Post“. Dabei war er noch bei einem „Anzeige-Bureau“ betheiligt und betrieb dieses Geschäft mit ungewöhn-

lichem Fleiß und Energie. Dabei war er immer heiter und voll sprudelnden Witzes, ein trefflicher Gesellschafter, gleich beliebt in den fashionablen deutschen, wie amerikanischen Kreisen; er war ein gediegener Musikkenner, Musikfreund und tüchtiger Klavierspieler. Er hinterläßt eine Frau und zwei Kinder.

Dresden, 25. November. Bei der gestern auf dem Wernsdorfer Reviere abgehaltenen Jagd, an welcher die königlichen Prinzen Theil nahmen, hat es sich leider ereignet, daß der Schuß eines an der Jagd theilnehmenden Offiziers dem Adjutanten des Kronprinzen, Rittmeister v. Hellborn, ins Auge gegangen ist und denselben gefährlich verletzt hat. Noch gestern Abend ist ein Augenarzt aus Dresden mittelst Extrazuges zu dem besinnungslosen Darniederliegenden eingetroffen. Den Jäger, aus dessen Gewehr der verberbliche Schuß kam, soll ein Verschulden nicht treffen.

Aus Krakau, 21. d., wird gemeldet: In den Wieliczkaer Salinen hat sich in einem hundert Klafter tiefen, an den Franz-Josephs-Schacht angrenzenden Schacht eine Süßwasserquelle mit ungeheurer Macht ergossen. Bis jetzt hat dieses Wasser einen Durchgangsschacht, welcher kein Salz erzeugt, in einer Länge von 120 Klaftern, in der Breite von drei Ellen und in der Tiefe von einem Fuß überfluthet und ist bis zum Eingang des Franz-Josephs-Schachtes vorgebrungen. Hier wird ein großer Damm aufgeworfen, da die bisherigen Anstrengungen, das Wasser aufzuhalten, fruchtlos blieben. Das Wasser strömt seit gestern früh, ohne abzunehmen. Alle Beamten und Arbeiter sind auf den Beinen, um dem Unheil zu wehren. Spätere Nachrichten melden jede Gefahr für beseitigt.

Paris. Ein liebenswürdiger Neuvermählter. Herr L., wohnhaft Grande-Rue-du-Pré-St.-Germain, verheirathete sich vor acht Tagen mit einem jungen Mädchen aus Pantin. Kaum war das fröhlichstrahlende Brautpaar in die kleine Kirche des Sprengels getreten, wohin sie Eltern, Verwandten und Freunde begleiteten, so fühlte der Bräutigam seine Augenlider sich bleischwer senken und vergebens suchte er seine Schläfrigkeit zu unterdrücken, er fühlte, wie er in Schlaf versinken müßte. Der Priester, welcher die heilige Handlung verrichtete, ermahnte ihn mit väterlichen Worten, an solchem Tage müsse er seiner Herr bleiben um jeden Preis. Aber es half Nichts, mit Mühe und Noth wurde die Trauung vollendet, aber sowie das junge Paar zu Haus angelangt war, entschlief der Bräutigam wieder Angesichts des leider bereiteten Hochzeitmahles und schläft heute nach acht Tagen, mit aller kürzesten Pausen des Erwachens, noch!

Literarisches.

Bei dem Herannahen des Weihnachtsfestes machen wir unsere geehrten Leser auf „Gruppe“, vaterländische Gedichte“ aufmerksam, welche in Gedichten von wirklich dichterischem Werthe die Fürsten und Helden unseres preussischen Königshauses besingen und für viele eine höchst angenehme Festgabe bilden dürften.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 27. Novbr. Angekommene Schiffe: Apollo, Drahm; Ceres, Jasmund von Bremen. Ceres (SD), Braun von Kiel.

Börsen-Berichte.

Stettin, 28. Novbr. Witterung: leicht bewölkt. Temperatur — 1° R, Nachts — 4° R.

An der Börse.
Weizen wenig verändert, pr. 2125 Pfd. gelber inländ. 64 66 $\frac{1}{2}$, feinsten 66 1/4 — 67 $\frac{1}{2}$, weißer 66 — 69 $\frac{1}{2}$, bunter 63 — 65 $\frac{1}{2}$, ungar. 58 62 $\frac{1}{2}$ 83 — 85 $\frac{1}{2}$, pr. November 66 1/2, 66 $\frac{1}{2}$ 6d, Frühjahr 66 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., 6d. u. Br.

Roggen loco flau, Termine wenig verändert, per 2000 Pfd. loco 51 — 52 $\frac{1}{2}$, pr. Novbr. 51 1/2, 1/2, 52 $\frac{1}{2}$ bez., Novbr.-Debr. 50 1/2, 50 1/2 $\frac{1}{2}$ bez., Frühjahr 50 1/2, 1/2, 1/2 bez., Mai Juni 51 $\frac{1}{2}$ Br.

Gerste, Hafer und Esen ohne Umsatz.
Rübsöl unverändert, loco 9 1/2, 9 $\frac{1}{2}$ Br., pr. Novbr. 9 1/2, 9 $\frac{1}{2}$ 6d, Dezember-Januar 9 1/2, 9 $\frac{1}{2}$ Br., April-Mai 9 1/2, 9 $\frac{1}{2}$ Br., 9 1/2 6d, September, Oktober 9 1/2, 9 $\frac{1}{2}$ Br.

Spiritus matt, loco ohne Faß 14 1/2, 14 $\frac{1}{2}$, 1/2, 1/2 bez., November 14 1/2, 14 $\frac{1}{2}$ 6d, Novbr.-Debr. do., Jan.-Februar 14 1/2, 14 $\frac{1}{2}$ 6d, Faßh. 15 1/2, 15 $\frac{1}{2}$ bez., 15 1/2 Br., 15 1/2 6d.

Angemeldet: 50 Mispel Hafer, 20,000 Quart Spiritus.

Requirirungs-Preise: Weizen 66 1/2, Roggen 51 1/2, Rübsöl 9 1/2, Hafer 35, Spiritus 14 1/2.

Landmarkt.
Weizen 60 — 70 $\frac{1}{2}$, Roggen 52 — 57 $\frac{1}{2}$, Gerste 12 52 $\frac{1}{2}$, Hafer 32 — 36 $\frac{1}{2}$, Erbsen 57 61 $\frac{1}{2}$, Senf 5 — 20 $\frac{1}{2}$ pr. Tr., Stroh 7 — 9 $\frac{1}{2}$.

Telegr. Depeschen der Stett. Zeitung.

Berlin, 28. November. Staatsanleihe 82 1/2. Staats-Anleihe 4 1/2, 95 1/2. Pomm. Pfandbriefe 84 1/2. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 130. Westf. Eisenbahn-Aktien 73 1/2. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 194 1/2. Stargard-Börsener Eisenb.-Aktien 91 1/2. Oester. National-Anleihe 55. Oesterreichische Banknoten 85 1/2. Russische Noten 83 1/2. Amerikaner 69 3/4. Hamburg 2 Mt. 150 1/2. London 3 Mt. 23 1/2. Paris 2 Mt. 80 1/2. Wien 2 Mt. 85 1/2. Petersburg 3 Mt. 92 1/2. Cösel-Oderberger 113 1/2. Vombarden 110 1/2.

Weizen holl. pr. November 62, 61 1/2, Roggen rubig, pr. Novbr. 56 1/2, 56, pr. Novbr.-Debr. 52 1/2, 51 1/2, pr. Faßh. 50 1/2, 50 1/2. Rübsöl rubig, loco 9 1/2, pr. November 9 1/2, pr. Faßh. 9 1/2. Spiritus flau, loco 15 1/2, pr. November 15 1/2, pr. Faßh. 15 1/2, pr. November-Dezember 15 1/2, 15 1/2, pr. Faßh. 15 1/2, 15 1/2. Petroleum 7 1/2. Hafer pr. November 32 1/2, Faßh. 31 1/2.

Köln, 27. November (Schlußbericht.) Weizen loco 6 22 1/2, pr. November 6 5, pr. März 6 4, pr. Mai 6 5 1/2. Roggen loco 5 25, pr. November 5 21 1/2, pr. März 5 9, pr. Mai 5 9. Rübsöl loco 10 1/2, pr. Mai 10 1/2, pr. Oktober 10 1/2. Leinöl loco 11 1/2. Weizen unverändert. Roggen holl. Rübsöl still.

Antwerpen, 27. Novbr. (Schlußbericht.) Petroleum Hauffe, weiße Type loco 54 1/2, 55, pr. Novbr. 54 1/2, pr. Debr. 53 1/2, pr. Januar 55.